

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Rausch
Innen- und Außenpolitik sowie Wirtschaft und Kultur 10 Pf.
Durch die Post bezogen wöchentlich 10 Pf. unter Bezugnahme auf Deutsches und
Ostdeutschland 10 Pf. — Erhöhung auf 12 Pf. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 2400.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Circulation: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1760.
Veröffentlichung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Bezirksamt werden die gesetzlichen Prinzipien mit 25 Pf. berechnet, zu besonderen
Witterungs- und Wetterlagen wird Rabatt gewährt. Bereitschaftspflicht 20 Pf. Interesse müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147.

Dresden, Mittwoch den 29. Juni 1910.

21. Jahrg.

Sturm und Drang!

Die letzten Reichstagswahlen haben den sicheren Beweis erbracht, daß die Massen des Volkes des dumpfen und lärmenden Gewissens überdrüssig geworden sind, den die verhängnisvolle Machtlosigkeit höchstes Rücksichtslosigkeit über das „Reich der Kultur und Freiheit“ verhängt hat.

In Tausenden und Abertausenden drängt der entschlossene Wille, jenen Band zu brechen, mit denen Abrechnung zu halten, die Unfreiheit über die arbeitende Klasse gebracht haben. Die Gedanken des Sozialismus breiten erstaunlich vorwärts. In breiten Schichten, die bisher dem Sozialismus fern standen, ist die Erkenntnis lebendig geworden, daß der Sozialismus Erziehung und Befreiung bedeutet, daß allein die Sozialdemokratie zuverlässiger Streiter gegen Unrecht und Tücke, gegen Rücksicht und schamlose Ausbeutung, gegen Vollstrecker und Vollstreter ist.

Es genügt aber nicht, aus Erbitterung und berechtigter Entrüstung sozialdemokratisch zu wählen. Wer den Kämpferreihen der Sozialdemokratie fern bleibt, zählt nicht mit zu den Schöpfern des großen und heiligen Werkes der Menschheitserbildung.

Um manhaft und tapfer, opferfreudig und entschlossen in den Sturmkolonnen des klassenbewußten Proletariats zu wirken, bedarf es einer ernsthaften Schulung für den schweren Kampf.

Eine solche Schulung gibt die Arbeiterpresse, die auferkomm und frisch die politischen Vorgänge und Entwicklungen verfolgt. Sie Freunde und Gegner brandmarkt, ihre Anschläge und Hochheiten enthält, die Massen warnt und auf das Kampffeld ruft.

Während die bürgerliche Presse sich bemüht, die Massen abzulenken, zu trösten und einzuschläfern, während sie ihren Rahmen darin sucht, ihre schriftlichen Giftpfeile gegen die Arbeiter zu entsenden, die Schäfer aller Werte zu verleumden und zu beschimpfen, will die Arbeiterpresse die politische Einsicht verschaffen, daß politische Augenmaß schärfen, die Indifferenzen und Gleisgängen aufzuheben, die Pläuseien und Verzweifelten zu neuem Kampf für die Leidensinteressen der Unterdrückten anteuern.

Jeder Kämpfer aber, dem sich die Tiefe sozialistischer Erkenntnis erschloß, der sich bewußt ist, daß er durch den Kampf für gerechte Menschheitsgüter seinem Leben Inhalt, Wert und Bedeutung gibt, hat die Pflicht, mit dazu beizutragen, daß die Kämpferreihen der Sozialdemokratie verstärkt werden, daß neue Streiter, neue Genossen gewonnen werden.

Diese ernste und gründliche der Pflichten fordert in erster Linie unablässige Verarbeitung für die Arbeiterpresse, für die

Dresdner Volkszeitung.

Wo noch Indifferenzen sind, unaufgeklärte, die in unbegreiflicher und törichter Selbstverblendung die gegenseitige, arbeiterfeindliche Presse lesen und unterstützen, ist ein fruchtbares und dankbares Arbeitsfeld für jene Verarbeitung.

Die Dresdner Arbeiterschaft hat sich in der

Dresdner Volkszeitung

das Schwert geschmiedet, daß sie gleicher Menschen, weil sie keine Freiheit haben.

Den Arbeitern und all denen, die unter der Fasch und Färbartigkeit der gegenwärtigen schlimmen Verhältnisse leiden, ist sie Freund und Führer, Helfer und Förderer, Kampfgenosse und Waffenbruder.

Werbet neue Leser! Werbt neue Kämpfer!

Parteipflicht und Parteiinteresse rufen Euch zur Arbeit!

Ministerkrise und reaktionärer Großblock

An der Spitze der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird von den neuesten Ministerfürstern nunmehr wie folgt Rüttelung gemacht:

Wie wir hören, gebietet der Kaiserliche Hofschreiter in Paris Wohl von Rodolin von seinem Sohn zurückzutreten, um die bisher von seinem fürstlich verstorbenen Sohn geleitete Verwaltung seines ausgedehnten Besitzes zu übernehmen, was seine dauernde Anwesenheit in Deutschland unerlässlich macht. Zu seinem Nachfolger ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen in Aussicht genommen, während der Kaiserliche Hofschreiter in Pulares von Rittern. Wälder die Leitung des Auswärtigen Amtes übernehmen wird. Dem aussichtsreichen Staatssekretär hat Seine Majestät der Kaiser sein Edikt mit Unterschrift und dem Fürstentum von Rodolin die Brillanten zum Kreuz der Großkreuze des Hohenzollerns hauptsächlich verliehen.

Wie wir hören, gebietet der Kaiserliche Hofschreiter in Paris Wohl von Rodolin von seinem Sohn zurückzutreten, um die bisher von seinem fürstlich verstorbenen Sohn geleitete Verwaltung seines ausgedehnten Besitzes zu übernehmen, was seine dauernde Anwesenheit in Deutschland unerlässlich macht. Zu seinem Nachfolger ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen in Aussicht genommen, während der Kaiserliche Hofschreiter in Pulares von Rittern. Wälder die Leitung des Auswärtigen Amtes übernehmen wird. Dem aussichtsreichen Staatssekretär hat Seine Majestät der Kaiser sein Edikt mit Unterschrift und dem Fürstentum von Rodolin die Brillanten zum Kreuz der Großkreuze des Hohenzollerns hauptsächlich verliehen.

Als gefüllt die Amtszzeitung die überraschende Meldung vom Rücktritt ihres Ministerfreundes Rheinbaben brachte, fragte sie hingegen: Herr v. Rheinbaben sei freiwillig aus dem Amt geflohen, weil er doch etwas amüsiert geworden und nach dem ruhigeren Oberpräsidentenposten am Rhein Schritt empfand. Auch in den offiziellen Mitteilungen und in dem lauernden Schreiben an Rheinbaben ist natürlich die Rede von der „nachdrücklichen Aufklärung“ des Ministers. Die wirtschaftlichen Gründe der Abfindungnahme Rheinbabens sind, wie wir schon gestern unter dem ersten Eindruck der Nachricht ausführten, andere. Ohne Zweifel hat sich Rheinbaben in Gefahr, daß ihm durch Bethmann-Hollweg peinliche, seinen Stolz schmähende Humiliorungen auferlegt würden, oder daß er gar bald ebenso bald aus dem Amt fliegen könnte, wie es jüngst den Minister v. Böhl und v. Arnim gelang. Rheinbaben fühlte sich schon nach Bülow's Abgang als der Nebengangene. Daß Bethmann-Hollweg ihm vorgezogen wurde, ertrug er in der Hoffnung, daß seine Lage doch bald kommen würde. Seitdem ist das Verhältnis zwischen ihm und dem Reichsfanzer ein gebrochtes geblieben. Er ist dem Reichsfanzer bei den Kämpfen um die preußische Wahlrechtsreform nicht eine Hilfe, wie Bethmann sie wünschte, sondern ein Hindernis gewesen.

Es konnte sich also schließlich zwischen diesen beiden Männern nur noch darum handeln: Er oder ich. Und Bethmann hat die Oberhand behalten.

Der Vorrat hat gestern aus besonderer Quelle erfahren, in welcher Art die Krumm und Motte abgehaltert worden sind. Es ging ihnen die laienische Zulast zu des Inhalts: Mit Stolz auf die Notwendigkeit, die Homogenität des Staatsministeriums zu festigen, werden Sie eracht, sofort Ihren Rücktritt zu nehmen. In diesen drohenden Worten liegt aber allerdings auch die wirkliche Ursache der Ministerkrise deutlich ausgesprochen. Herr v. Bethmann-Hollweg ist im höchsten Maße unbefriedigt und verzerrt über die Entwicklung der politischen Verhältnisse, über das Scheitern seiner Wahlrechtsperimente, über den immer wieder begreiflichen Wechseln zwischen dem schwarzen Blau und anderseits über die außerordentliche Erbitterung im Lande draußen, über die großen Siege der Sozialdemokratie. Daß es dahin gekommen, führt er zum guten Teile wenigstens, auf die nicht genügende Homogenität (Gleichheit, innere Vereinigung) in den oberen Reichs- und Staatsämtern zurück. Er sieht nicht in seinem Vorgänger Bülow und in sich selbst die Schuld an all der Wirren, die über die innere Politik hereingetragen ist, sondern nur in seinen Ministergehilfen, die ihn nicht genügend unterstützt, die nicht genug seine Politik begleitet und gefördert haben.

In diesem Mingen zwischen dem Chefbeamten und seinen Ministerkollegen ist Bethmann-Hollweg — wenigstens vorläufig! — Sieger geblieben. Das heißt: er hat den Kaiser auf seiner Seite. Es ist aber auch leicht begreiflich, warum der „philosophische“ und leidern langweilige Bethmann sich in diesem Hause als der Stärkste und der forsch „schniedige“ Rheinbaben als der Schwächste erweist. Bethmanns politisches Lösungswort ist die Parole: Die Regierung will keine Parteiregierung sein. Wie dieser Vorhang hat Bethmann den Beifall seines Herrn, der entscheidenden Stelle. Denn seine Parteiregierung, d. h. die uns nichts anderes als kaiserlich-königliche Regierung, als absolutistische Regierung, als Beamtenregierung, die den Schein wahrt, daß sie die Parteien leitet anstatt von ihnen geleitet zu werden. Darüber im letzten Grunde ist Bülow zu Fall gekommen, daß er sich also sehr auf parlamentarische Konstellationen und Reihenreihen eingelassen hat, anstatt, wie die Hoffnung verlangten, die „Regierung Seiner Majestät“ festzuhalten. Dielen fehlt Bülow zu vermeiden, ist das Ziel, das sich Bethmann-Hollweg vom ersten Tage seiner Rangierkraft gestellt hat. Mit diesem Ziele aber steht die ausgeprobte, offene und brutale Reichsbeherrschung des schwarzen Blaus in Widerpruch. Es ist schwer erträglich auch für Wilhelm II., daß die Handelskampf und Herold die von ihm gewollten Gesetze dreist in den Tod werfen. Wilhelm II.

tut gern alles für die Konterrevolution und Migratoren, er ist kein Freund der Klerikalen und des Pastors, aber die Konterrevolutionen und Klerikalen sollen nicht nach außen hin zeigen, daß sie die Herrscher über den König von Preußen sind. Und Rheinbaben stand auch auf der Seite dieser, die das Ende des Königs herabgesogen haben. Wie einst die Konsulatoren, die des Königs Wohl: Gebaut wird er doch zu schanden machen, gemahngelt wurden, so wird jetzt der Künster gemahngelt, der es aussieht mit denen nicht, die des Königs Wohl bezüglich der Wahlrechtsreform: „Es ist mein Wohl...“ zugrunde zu richten. Dabei ist kein Zweifel, daß jetzt wie in den Zeiten der Konsulatoren die Konsulatoren die Konsulatoren bald zu hohen Ehren stiegen, so wollen auch jetzt die preußischen Künster genau, wie sie ihre Wohl wahren werden.

Bethmann-Hollweg hat sich anstrengend auch einen besonders günstigen Moment erarbeit. Erst wurden auf Liebenberg bei den Eulenburgern Minister gestürzt und Minister gemacht. Jetzt wird die Kielser Woche wählenden Staatsmännern gefährlich. In Kiel umgeben den Kaiser nicht bloß Künster und Konsulatoren, sondern die reichen Kommerzienräte und Generaldirektoren der Großbourgeoisie. Diese Leute aber sind nicht vom schwarzen Blau. Sie sind „Zentrale“ und reaktionär-nationalliberal. Sie mögen dem Kaiser gehorcht haben, daß es doch nicht geht, mit Konterrevolutionen und Zentrum einheitig zu regieren, daß auch die Großkapitalisten der Industrie und des Handels dabei sein wollen.

Da zeigt sich die Homogenität des Ministeriums, die Bethmann-Hollweg erzielt. Bethmann hat die konterrevolutionäre Blockpolitik Bülow's mitgemacht. Nach dem Zusammenbruch dieser Politik ist er zur alten Idee der Kastell- und Sammelpolitik aller Staatsverhältnisse und nationalen Parteien zurückgekehrt. Er hat es aufgegeben, das Zentrum „auszufallen“, aber er will auch die Kleinheitlichkeit des Konsulat-Konterrevolutionären Bundes über die Regierung nicht lassen, er will seinen Begriff von der „Regierung über den Parteien“ in den Parlamenten durch die Angliederung der Nationalliberalen, wenn nicht auch des Zentrums, verwirklichen. Bei diesen Abfällen war ihm Rheinbaben im Wege. Er mußte verhindern. Der Nachfolger, der bisherige Oberbürgermeister von Magdeburg Dr. Lenge, geht durchaus in das Programm, daß sich Bethmann gestellt hat. Er, der als Konsulat-Mitglied sich in trekkonterrevolutionär-reaktionär-nationalliberaler Richtung veräußert haben, ist auszusehen, die reaktionäre Großblockpolitik des Reichskanzlers zu fördern.

Ob das politische Experiment Bethmann-Hollwegs mit neuen Männern besser gelingen wird als mit den alten? Gewiß wird der rechte Flügel der Nationalliberalen freudig in die ausbreiteten Arme des langen Thobald stürzen, um an der Macht teilzunehmen, um Künster und Ehren eingezubauen, um die Interessenspolitik des industriellen Großkapitals zu fördern. Eine andere Frage aber ist es, ob nicht ein großer Teil der mehr links gerichteten Nationalliberalen ablehnen wird, auf die neuen reaktionären Abberungsversuche einzugehen. Und eine noch schwierigere Frage wird es für Bethmann-Hollweg sein, die gegenläufigen Parteigruppen, die er um sich zu scharen bemüht ist, wirklich und auf längere Dauer zusammenzuhalten. Sollte es ihm aber gelingen, Zentrum, Konterrevolutionäre und Reaktionär-nationalliberalen zu einer Union zusammenzuschließen, so würde uns Sozialdemokratie diese Entwicklung nur sehr willkommen sein. Dann ist das Kampffeld klar und das deutsche Volk wird zu kämpfen wissen!

Die bürgerliche Presse ist vielfach noch in überzeugt durch den Ministerwechsel, daß sie zu einem Urteil nicht gelangen kann. Am allgemeinen zeigt sich in den konterrevolutionären Blättern großes Bedauern über Rheinbabens Rücktritt, während ein Teil der nationalliberalen Blätter bereits wieder von seinen pessimistischen Betrachtungen der letzten Zeit zu grüblerischer Hoffnungsfreudigkeit übergeht. Interessant ist besonders die Bemerkung der Zentrum-Berliner:

Politisch läuft der neue Finanzminister, der im 50. Lebensjahr seit der nationalliberalen Partei zusammengen ist. Weißt du, daß inzwischen die Nationalliberalen die Abstimmung an dem Reichstag angenommen haben? Seine Übereinstimmung ist beeindruckend und jedoch nicht zum Bülow-Blau darüber doch wohl zu Macht nicht möglich sein; wenn aber die Vereinigung der Parteien angeht wird, die sich früher lange Jahre in positiver Arbeit zusammengefunden haben, so kann es uns auf recht sein.

Das Zentrum erklärt sich bereit, die Überuren in den reaktionären Bund wieder aufzunehmen und mit ihnen gemeinsam die „positive Arbeit“ des Zollwunders und der Volksausplündering zu betreiben!

Der Wechsel im Auswärtigen Amt wird dadurch charakterisiert, daß die große englische und französische Presse den Abgang des Herrn v. Schoen lebhaft bedauert, während unsere alldemokratischen Blätter den bisherigen Geländern in Pulares, Herrn v. Rittern-Wälder, als neuen Herrn im Auswärtigen Amt freudig willkommen deuten. Gibt sie bedauern die freundlichen Worte, die die Auslands-Presse dem ehemaligen Staatssekretär widmet, natürlich eine Beurteilung seiner Wirksamkeit. Wir haben die gehässigsten Angriffe,